zur 50. ausgabe: streik

TEXT
ausreißer-Redaktion

Die 50. Ausgabe des **ausreißer** hängt vor Euch, liebe Leserinnen und Leser. Den Bestand und die Präsenz dieser Zeitung macht nicht zuletzt ihr möglich – Eure reges Interesse, Eure Teilnahme am Kommunikationsprozess in diesem und um dieses Medium, aber vor allem der Wunsch und die Forderung nach der dringend notwendigen kritischen Alternative zu konservativen und rechtsdistanzierten Mainstreammedien, das Eintreten für und die Rezeption von Inhalten und Hintergründen, Ausdrucks- und Erkenntnisformen, kurzum Information und Auseinandersetzung, die weit über die Normen und Einseitigkeit, wie sie aus der Ödnis der vorhandenen Medienkonzentration resultieren, hinausreichen. Dafür ein großes Danke!

Gleichzeitig ist jedoch – wohl noch massiver als vor über neun Jahren, als der **ausreißer** aus Protest gegen ebendiese Zustände ans Mediensektor gegründet wurde – Widerstandskraft und Durchhaltevermögen mehr denn je notwendig. Unter anderem deshalb haben wir für diese Jubiläumsausgabe das Thema Streik gewählt. Angesichts der Umstände wären wir am liebsten selbst in einen solchen getreten. Anlässe dafür gibt es genug, nicht zuletzt die immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen, die gerade die Mitarbeiterinnen an einem Non-Profit-Medium wie diesem besonders hart treffen. Von gerechter Bezahlung und sonstigen arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen keine Spur. Der **ausreißer** kann – da er im Sinne größtmöglicher Unabhängigkeit auf Anzeigenschaltung verzichtet und sich ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert – einzig aufgrund des Engagements aller Beteiligten erscheinen, die jedoch gezwungen sind, unter großem Druck und unter genau jenen prekären Verhältnissen zu arbeiten, gegen die wir von Beginn an anschreiben und publizieren. Ein Pressefördergesetz, das an Auflagen- und damit Verkaufszahlen gebunden ist (nicht aber an inhaltliche Qualität) und ausschließlich jene begünstigt, die ohnehin die höchsten Profite erzielen, trägt dazu bei und hat auch den generellen Mangel an Qualitätsmedien in Österreich mitzuverantworten. Dass dann mitunter noch politisch eins drauf gesetzt wird, wenn diverse „Sonderzahlungen" für Artikelserien an die auflagenstärksten Tageszeitungen gehen, sei ebenfalls angemerkt. So etwa, als letztes Jahr vom Land Steiermark jeweils 150.000 Euro an *Kleine* und *Kronen Zeitung* verteilt wurden. Diese Extra-Förderung floss bei der *Kleinen Zeitung* in die Aktion „Kinder machen Zeitungen" – wenn diese nicht aus den 465 Millionen Euro Umsatz, die der Herausgeberkonzern Styria jährlich erwirtschaftet und den paar Millionen Presseförderung, die er zusätzlich erhält, zu finanzieren ist, scheint mehr als rätselhaft. Die Krone lieferte dafür eine vierteilige „Reportage"-Serie über die Errungenschaften der rot-schwarzen „Reformpartnerschaft" unter dem Titel

> Man hat das neoliberale Prinzip so sehr verinnerlicht, dass all das, was möglich ist, in die Lächerlichkeit einer Utopie verwiesen […] wird.

„Reformpioniere", die ob der mangelnden Kennzeichnung vom Österreichischen Presserat als Verstoß gegen Ziffer Punkte 3 und 4, also Unterscheidbarkeit und Einflussnahmen, der Grundsätze für publizistische Arbeit verurteilt wurde. Aufgemacht wie eine Reportage, lediglich mit dem kleinen Zusatz „Eine Serie von ‚Krone' und Land Steiermark" versehen, wurde jedesmal eine Huldigung der Koalitionspartnerschaft geboten.

Dass hingegen Kultursubventionen in der Höhe von wenigen tausend Euro für die Produktion eines ganzen Mediums zeitaufwändiger Anträge- und Abrechnungsverfahren bedürfen, Gelder mit erheblichen Verzögerungen überwiesen werden, dass in unserer Redaktion bis heute keine einzige Vollzeit- oder auch nur Halbtagsstelle finanzierbar ist – all das lässt uns sehr wohl an Streik denken.

In diesem Fall hätten Sie, hättet Ihr nun eine weite Wand vor Euch. Warum dem nicht so ist? Streik ist ein Thema, das in Österreich kaum aufs Tapet gebracht wird. In Griechenland und Spanien streiken und streiken Hunderttausende, in Österreich können Streikzeiten in Minuten gezählt werden – und das nicht etwa, weil die Bedingungen so rosig wären… In Frankreich ist das Recht auf Widerstand integraler Bestandteil der Verfassung.

Medien hier ignorieren Streiks hingegen weitestgehend. Über kurze Meldungen geht die Berichterstattung nur in den seltensten Fällen hinaus. Derlei heiße Eisen lässt man gerne links liegen und möglichst unerwähnt, vor allem jedoch unterbleibt die Vermittlung größerer Zusammenhänge. Daher wollten wir zu allererst die brennenden Fragen und Zugänge, die zu diesem Thema so oft unerwähnt bleiben, an die Wände plakatieren.

Von Erfolgen hört und liest man erst recht kaum etwas, könnte ja selbst in unseren Breiten mal Nachahmerlinnen finden… Streiken – das entlockt hierzulande maximal ein überraschtes „Na dürfen's denn das?" Erst recht und ganz besonders, wenn es sich wie gerade eben bei den Protestierenden um Flüchtlinge handelt – denn die dürfen hierzulande tatsächlich so ziemlich gar nichts, nichtmal arbeiten… Paradox genug, für dieses Recht streiken zu müssen… Besonders über ihren mutigen Einsatz wollten und konnten wir nicht schweigen, gerade weil darüber mit so viel Zynismus und so wenig Wissen und Verantwortung berichtet wird. (Siehe dazu die Reportage *„Und diesmal hören wir nicht auf"* in dieser Ausgabe.)

Wie erfolgreich hartnäckige Proteste sein können, zeigte sich vor einiger Zeit in Griechenland – dort gab es in den letzten Jahren aufgrund der unzumutbaren Zustände nicht zur Sparten- und Generalstreiks mit hunderttausenden Beteiligten, sondern auch einen Hungerstreik von rund 300 Flüchtlingen von Januar bis März 2011. Diese waren nicht mehr bereit, die katastrophalen Bedingungen, inklusive rassistischer Hetze durch rechte Parteien, hinzunehmen – und hatten, trotz massiver polizeilicher Repression und medialer Diffamierung Erfolg: Sie erzielten erhebliche Verbesserungen der Bedingungen zur Erlangung eines legalen Aufenthaltsstatus'. „Es war ein Sieg des Rechts, Mensch sein zu dürfen, gegen eine moralisch volkommen korrumpierte politische Klasse." (1)

Ebenso legten (in der Mehrzahl migrantische) Transport- und Lagerarbeiter in Norditalien Ende letzten Jahres die Arbeit nieder, Linke und Leute aus sozialen Zentren unterstützten die Arbeiterinnen. Keine legalen Arbeitsverträge, keinerlei Rechte oder soziale Sicherheiten, permanente Lohnausfälle – beschäftigt bei Subunternehmern war der Ausbeutung Tür und Tor geöffnet. Zu den bestreikten Firmen zählte auch IKEA und auch in diesen Lagerhallen in Piacenza ging plötzlich nichts mehr. Trotz der unterschiedlichen Herkunft hielt man zusammen – und war erfolgreich: Kollektivverträge, gerechtere Entlohnung, Urlaubsansprüche etc. konnten durchgesetzt werden. (2)

Doch ein paar Kilometer weiter in Österreich kein mediales Wort darüber, wie auch die aktuellen Anti-Korruptionsproteste in Slowenien hier kaum Beachtung finden. Oder die mehr als 35.000 streikenden Platinminenarbeiter in Südafrika, deren Kampf erst erwähnt wurde, als im November letzten Jahres 34 von ihnen von der Polizei erschossen wurden. Für einen kurzen Moment der Empörung reichte es, dann war die Sache vom Tisch bzw. von den Seiten und Bildschirmen verschwunden. Kein Wort mehr über die weiter anhaltenden Streiks, denen sich schließlich auch LKW-Fahrer, Goldminenarbeiter und andere anschlossen. Fast ein Jahr lang hielten die Arbeitsniederlegungen insgesamt an. Ihnen folgten im Jänner 2013 die Farmarbeiter, die unter anderem jene edlen Weine produzieren, die auf unseren Tafeln und Banketten landen, während die Arbeiterinnen dabei selbst kaum überleben können. Ihr Hingen um bessere Arbeits- und Daseinsbedingungen interessiert hier jedoch kaum.

All das wollten wir nicht ungesagt lassen.

Solidarität ist mittlerweile ein Fremdwort geworden, jeder gegen jeden, statt alle gemeinsam gegen die tatsächlich Verantwortlichen. Man hat das neoliberale Prinzip so sehr verinnerlicht, dass all das, was möglich ist, in die Lächerlichkeit einer Utopie verwiesen und der eigene, menschenverachtende Zynismus, der darin liegt, nicht mal mehr bemerkt, mit Sicherheit aber systematisch gewerkschaftlich oder schlicht ignoriert wird.

Die Texte *strikethru* und *eh nix besonderes* in diesem **ausreißer** liefern unter anderem dazu literarischen Zugänge und Anstöße zum Weiterdenken, -lesen und -handeln.

(1) Gregor Kritidis: Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiederbeginn. In: Krisen, Proteste. Beiträge aus Sozialwissenschaften. Online, hg. v. Peter Birke und Max Henninger, Hamburg: Assoziation A 2012.

(2) Mehr dazu auf: www.wildcat-www.de

eh nix besonderes?

TEXT
Anita Huber

Keiner tritt in streik. oder nur schnell ein bisschen. weiter. weiter. jeder schafft es für sich und jede soweiso. schafft es. muss es schaffen. unbedingt. lieber heute als morgen. lieber allein als zu zweit. lieber in hundert projekten als in keinem. das wichtigste von all diesen ist das eigene geld. immer. ständig. pausenlos. weiter. weiter. in optimierung begriffen. daueraufmerksamkeit.

zusammengedacht was nicht zusammengedacht werden darf. exzellenz und burnout. talentebörse und alexithymie. best practice und das schlechte beispiel, das ich abgebe. die suche nach glück und die unmöglichkeit, es im augenblick zu erkennen. eine skirennläuferin, die zurücktritt, weil sie *ihren eigenen ansprüchen* nicht mehr genügen kann. auch die besten der besten fliegen schon raus aus dem karussel, können sich nicht mehr halten. also machen wir weiter. weiter. weiter. ich bin noch dabei. in jedem meistern steckt was besonderes. und das besond're in mir, das finde ich auch noch. go on, come on. weiter. weiter. nur mit heißem bemühen wird es gehen, nur mit heißem bemühen. weiter. weiter. ich bemüh mich schon so. aber ich finde es nicht.

was aber, wenn es gar eine chimäre nur wäre? wenn das besondere selbst nur das falsche versprechen der kultur der optimierung wäre. das uns daran hindern soll, auch neben uns zu schauen, innezuhalten. weil wir längst keinen begriff von gesellschaft mehr haben oder noch nie einen hatten. und weil das gerade so sein soll.

wäre es dann eine zwischenlösung, einspruch zu erheben, gegen all die besonderungsmaschinerien? wenn das gesellschaftliche bemühen dem besonderen gilt, dann fällt alles unter den tisch. das gerade nicht besonders ist. sondern alltäglich. „normal", gerade nicht herausragend. wäre dann, die ausrufung einer agentur für „eh nix besonderes" ein erster schritt? selbst um den preis der ambivalenz dieses unterfangens, die ja, indem sie sich dem *nicht besonderen* widmet, es aus dem allgemeinen heraushebt. egal, es sei hiermit getan. als versuch, das wort zu ergreifen für das banale, das normale, das eben nicht besondere. einspruch also & achtung für: eh nix besonderes!

Impressum

Chefredakteurin: Evelyn Schalk
Redaktion: Ulrike Freitag, Gerald Kuhn
Autorinnen: Joachim Hainzl, Anita Huber, Ralf B. Korte, Stefan Palaver, Eva Ursprung, Gerold Zuderstorfer
Gestaltung: Andreas Brandstätter

VERLEGER UND HERAUSGEBER:
ausreißer - Grazer Wandzeitung. Verein zur Förderung von Medienvielfalt und freier Berichterstattung

KONTAKT:
Post: ausreißer – Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, A – 8010 Graz,
Telefon: +43 (0)316/827734-26,
Evelyn Schalk: +43 (0)676/300933
Email: ausreisser@gmx.at, schalk@mur.at
Internet: http://ausreisser.mur.at
Newsletter: http://ausreisser.mur.at/newsletter

Der ausreißer ist ein offenes Medium, die Zusendung von Beiträgen wird bevorzugt. Redaktionsschluss der Publikationsauswahl liegt bei der Redaktion, es erfolgt keine Retournierung der eingesandten Beiträge.
Die Autorinnen zeichnen für die inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.
© Die Rechte verbleiben bei den Autorinnen.

Da der ausreißer auf Anzeigenschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist Eure Unterstützung besonders wichtig:
Kontonummer: 50094094554, BA/CA, BLZ 12000

DRUCK:
Offsetdruck Dorrong, Graz
Auflage: 1500 Stück

STANDORTE:
Kunsthaus Graz, Schlossbergplatz Graz, Geiodorfkino, Forum Stadtpark, Passage Palais Trauttmansdorff, Uni-Hauptbibliothek (Foyer), Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Hasnerplatz, das andere Theater, Passade der Kirche St. Andrä, Fassade BAN – Sozialökonomischer Betrieb, KIGI – Kultur in Graz, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Jugendtreffpunkt Dietrichskeusch´n, Jugendzentrum Mureck (JUZ), Theaterzentrum Deutschlandsberg, Marktplatz Deutschfeistritz, Landhaus Feuerlöscher (Prenning)

THEMA DER NÄCHSTEN AUSGABE: Kaviar für alle!

kultur steiermark
Stadt GRAZ Kultur
Das Land Steiermark
mur at
KUNST
FORUM STADTPARK

strikethru

TEXT
Ralf B. Korte

Wirtschaftszermüdung. Wirtschaftsterrorismus. Wirtschaftsterrorismusbekämpfung. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetz. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurf. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassung. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahren. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnung. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurf. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassung. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetz. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurf. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassung. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetz. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetzentwurf. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassung. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetz. Wirtschaftsterrorismusbekämpfungsgesetzentwurfsverfassungsgerichtsverfahrensverordnungsentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetzentwurfsverfassungsgesetzentwurf.

Kalt und starr liegt der Sigmund-Freud-Park da, die Wege sind vereist und nur wenige queren die Fläche, die im Sommer gerne von Studierenden, Spaziergängerinnen und Geschäftsleuten der Umgebung als öffentlicher Erholungsraum genutzt wird. Man kann sich dort auf Gratis-Liegestühlen niederlassen, bevorzugt innerhalb jener Bepflanzung, die 1997 als „EU-Baumkreis", anlässlich des 40jährigen Bestehens der Union, dort angelegt wurde und in deren Mitte sich ein Granitstein mit zehn Sitzgelegenheiten für eine neue zu dazu gekommenen Mitglieder befindet. Dieser stehe „für gelebten Dialog und lädt zum Verweilen ein".

Gerade mal einen Monat durften jene rund 40 Menschen im selbst errichteten Flüchtlingscamp verweilen, das sie dort am 24.11.2012 im Anschluss an einen Protestmarsch aus Traiskirchen aufgeschlagen hatten. Sie sind geflohen vor den Zuständen und Bedrohungen in ihren Heimatländern Afghanistan, Pakistan und Nordafrika: Besatzung, Grenzkonflikte, Chancenlosigkeit, Lebensgefahr – tagtäglich. Und wie auch immer man enthistorisierungsauszeiten takten mag, zu lang schon aber man merkt es nicht mehr in der gesellschaftlichen Gesamtheit anhängen. Kurz sich nur wer gegen wen. nationale gewerkschaften gegen internationales kapital, das war mal umgekehrt oder schien es zu sein, zumindest. STREIK – *art strike kaufmännischen Preiswurf, Schlachtschiffen-Schießbuden, fiktiven Geldgewinnbeschäften, Lebensmittelfälschung, Prellerei, Beamtenunterschlagung, Diebstahl, Einbruch und Raub flossen so ineinander, daß die Grenzen zwischen den ehrbaren Bürgern und den Zuchthaus verschwand. Hier wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie die regelmäßige raische Verlumpung bürgerlicher Zierden, wenn sie in überseeische kolonialen Verhältnisse auf fremden sozialen Boden verpflanzt werden. Mit der Abstreifung der konventionellen Schranken und Stützen für Moral und Recht fällt die bürgerliche Gesellschaft, deren innersteS Lebensgesetz die beitre Unmoral, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, unmittelbar und hemmungslos einhäufen Verlumpung anheim. Die proletarische Revolution wird überall mit diesem Feind und Werkzeug der Konterrevolution zu ringen haben. Und doch ist auch in dieser Bezeichnung der Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert. Die drakonischste Feldjustiz ist ohnmächtig gegen Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens. Ja, jedes dauernd Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt depravierend auf die Gesellschaft. Das einzige wirksame Mittel in der Hand der proletarischen Revolution sind auch hier: radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der Sozialen Garantien des Lebens der Masse und – Entfachung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensiv aktives Leben der Massen auf die Dauer halten läßt. Wie gegen Krankheitsinfektionen und -keime die freie Wirkung der Sonnenstrahlen das wirksamste, reinigende und heilende Mittel ist, so ist die Revolution selbst und ihr erneuendes Prinzip, das von ihr hervorgerufenen geistige Leben, Aktivität und Selbstverwaltung der Massen, also die breiteste politische Freiheit als ihre Form, die einzige heilende und reinigende Sonne."*

(**) *„Die als globale Risiken erkannten Bedrohungen lassen im Wesentlichen ein Alarmsignal an unsere wichtigsten Systeme, erklärt Lee Howell. Herausgeber des Berichts. Der aktuelle Wirtschaftsfähigkeit gegenüber globalen Risiken müsse Priorität eingeräumt werden, damit lebenswichtige Systeme auch im Falle einer massiven Störung noch funktionfähig bleiben", schreibt die NZZ vom 8.1.13 zum gleichen thema, und: „Als weiteres nicht zu unterschätzendes Risiko wird in dem Bericht der Zugang immer breiterer Bevölkerungsschichten zu Informationen im Internet angeführt. Die Demokratisierung des Zugangs zu Informationen der ganzen Welt erscheint zwar prinzipiell gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass eine solche Entwicklung destabilisierende Effekte haben kann."

(*) nach Rosa Luxemburgs undatiertem, nicht eingeordneter Ausarbeitung auf einem Iosen Zettel:

„In Problem 1 ist sich von hoher Wichtigkeit in jeder Revolution bildet der Kampf mit dem Lumpenproletariat. Auch wir in Deutschland und allerorts werden damit zu tun haben. Das lumpenproletarische Element hatte der bürgerlichen Gesellschaft an, nicht nur als besondere Schicht, als sozialer Abfall, der namentlich in Zeiten rasig anwächst, wo die Mauern der Gesellschaftsordnung zusammenstürzen, sondern als integrierendes Element der gesamten Gesellschaft. Die Vorgänge in Deutschland – und mehr oder minder in allen andern Staaten – haben gezeigt, wie leicht alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft der Verlumpung anheimfallen. Abstürzungen zwischen kaufmännischem Preiswurf, Schlachtschiffen-Schießbuden, fiktiven Geldgewinnbeschäften, Lebensmittelfälschung, Prellerei, Beamtenunterschlagung, Diebstahl, Einbruch und Raub flossen so ineinander, daß die Grenzen zwischen den ehrbaren Bürgern und dem Zuchthaus verschwand. Hier wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie die regelmäßige raische Verlumpung bürgerlicher Zierden, wenn sie in überseeische kolonialen Verhältnisse auf fremden sozialen Boden verpflanzt werden. Mit der Abstreifung der konventionellen Schranken und Stützen für Moral und Recht fällt die bürgerliche Gesellschaft, deren innersteS Lebensgesetz die beitre Unmoral, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, unmittelbar und hemmungslos einhäufen Verlumpung anheim. Die proletarische Revolution wird überall mit diesem Feind und Werkzeug der Konterrevolution zu ringen haben. Und doch ist auch in dieser Bezeichnung der Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert. Die drakonischste Feldjustiz ist ohnmächtig gegen Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens. Ja, jedes dauernd Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt depravierend auf die Gesellschaft. Das einzige wirksame Mittel in der Hand der proletarischen Revolution sind auch hier: radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der Sozialen Garantien des Lebens der Masse und – Entfachung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensiv aktives Leben der Massen auf die Dauer halten läßt. Wie gegen Krankheitsinfektionen und -keime die freie Wirkung der Sonnenstrahlen das wirksamste, reinigende und heilende Mittel ist, so ist die Revolution selbst und ihr erneuendes Prinzip, das von ihr hervorgerufenen geistige Leben, Aktivität und Selbstverwaltung der Massen, also die breiteste politische Freiheit als ihre Form, die einzige heilende und reinigende Sonne."

(1) Gregor Kritidis: Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiederbeginn. In: Krisen, Proteste. Beiträge aus Sozialwissenschaften. Online, hg. v. Peter Birke und Max Henninger, Hamburg: Assoziation A 2012.

(2) Mehr dazu auf: www.wildcat-www.de

„und diesmal hören wir nicht auf"

TEXT
Evelyn Schalk

ausreißer: Streiks gibt es in Österreich so gut wie nie – und das, obwohl die Bedingungen für Lohnabhängige seit langem kontinuierlich und immer radikaler verschlechtert werden. Woran liegt das, welche Grenze muss noch überschritten werden, damit es zu tatsächlichen Protesten kommt und wie steht der GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) zu Kampfmaßnahmen?

Peter Scherz, GLB-Arbeiterkammerrat Steiermark und Magna-Betriebsrat: „Das ist ein typisch österreichische Phänomen, bedingt durch die Sozialpartnerschaft, die die letzten 50 Jahre über – außer einzelnen guten Kämpfen – alle wichtigen Fragen im stillen Kämmerlein ausgemacht und halbherzige Ergebnisse als Erfolge serviert hat. 2011 gab es mit dem Metallerstreik den ersten großen Arbeitskampf von über 150.000 Beschäftigten seit 1962! Das war sehr gut organisiert, eine logistische Sonderleistung. So etwas stärkt das Selbstbewusstsein, das ist eine wichtige Erfahrung für jene, die ihre „Ware Arbeit" am Markt verkaufen müssen. Manchmal muss zu diesem Mittel gegriffen werden, und es wäre öfter notwendig. Das Schlimmste ist, man hat den Leuten das Denken abgewöhnt, alles wird vorbereitet und vorgekaut. Es klingt vielleicht abgedroschen, dieses „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will", aber es war schon ein schönes Erlebnis, als es bei Magna plötzlich wirklich still wurde, der Betrieb stand und die Leute stattdessen begönnen haben, miteinander zu diskutieren. Da hat sich eine richtige kulturelle Auseinandersetzung entwickelt – auch dafür sind solche Kämpfe wichtig, dadurch kommen ganz entscheidende Qualitäten zum Vorschein.
Wir versuchen mit den Leuten zu reden, ihnen Mut zu machen, aufzuklären, vermeintliche Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Das ist kleinarbeit, aber sehr wichtig. Denn zu Wort kommt sonst ohnehin immer nur die Wirtschaft und die liefert eben nur ihre Version. Immer wenn es darum geht, dass die Arbeitenden einen gerechteren Anteil bekommen, bei jedem Prozent Lohnerhöhung gehen die Firmen angeblich gleich ein – bei so einem Blödsinn stehen einem ja die Haare zu Berge! Als Stronach Magna, also zuvor Puch, gekauft hat, hat er als erstes jedem der 7.000 Mitarbeiter einen persönlichen Brief geschickt, in dem er davon „abriet", bei der Gewerkschaft zu gehen – das sei doch nur rausgeschmissenes Geld. Die Kosten für Aktionen wie diese waren das natürlich keineswegs…
Immer wenn ich für meine Positionen angegriffen wurde, hab ich einfach auf die geltende Meinungsfreiheit verwiesen – jeder kann jede Meinung vertreten, aber meine Meinung muss ich nicht sagen dürfen. So bin ich persönlich gut über die Runden gekommen. Aber die Menschen haben klarerweise Angst um ihren Arbeitsplatz. Arbeitskampf ist gleichzeitig Existenzkampf! Das ist auch eine global Angelegenheit. In der EU war man sich zum Beispiel immer einig, wenn es um die Liberalisierungen ging, soziale Mindeststandards hingegen gibt es bis heute nicht. Generell wäre mehr Druck notwendig, aber auch eine kleinere Aktionen bringen etwas. Streik heißt Bewusstseinsbildung, diesbezüglich bleibt immer was davon und das ist wichtig.
Zum ersten Mal haben wir 1987 den Vorschlag für die 35-Stunden-Woche eingebracht, doch statt verkürzt wurde die Arbeitszeit. Als nächstes sind's dann wohl gleich 24 Stunden… Gleichzeitig ist die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen, seit den 1970ern kontinuierlich gesunken. Das heißt, dass die Leute die steigende Produktionsleistung nicht abgegolten bekommen. Wenn die Gewerkschaft nur droht und dann kommt nix, macht man sich unglaubwürdig. Gerade die größte Fraktion, die sozialdemokratische, müsste sich da endlich einmal bewegen. In Sachen Streik heißt es ernst machen und durchziehen, dann wären solche Maßnahmen später vermutlich gar nicht mehr so oft notwendig. Auch die heutige Pensionsanpassung war eine Frechheit. Da heißt es solidarisch sein, denn Entsolidarisierung wird leider ohnehin immer stärker. Die Leute haben wirklich wenig gesellschaftspolitisches Interesse, dadurch entsteht eine leicht manipulierbare Masse. Die Vereinheitlichung der Medien, die alle die gleiche Linie vertreten, trägt ihren Teil dazu bei. Man macht den Leuten Angst, jeder spürt selbst den Druck. Doch Angst ist der größte Hemmschuh. Besonders schlimm trifft es die, die trotz Arbeit an oder unter die Armutsgrenze rutschen. Sich zersprageln und trotzdem geht es sich vorne und hinten nicht aus – spätestens da müssten entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden und sich Widerstand regen, nach dem Motto: Es kann doch nicht sein, dass die mein ganzes Leben in der Hand haben!"

„Streik"
Gerold Zuderstorfer

ausreißer: Die Belastungen für Arbeitnehmerinnen wachsen kontinuierlich und eklatant, die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ebenfalls, was erfolgt, ist – Stichwort Krise(n) – eine massive Umverteilung von unten nach oben, statt umgekehrt. Trotzdem sind in Österreich, wo etwa Streik-Zeiten in Minuten gemessen werden, kaum Widerstände zu spüren – auch nicht von Seiten des ÖGB. Sozialpartnerschaftliches Arrangement statt tatsächlicher gewerkschaftlicher Vertretung – sieht man trotz rigider Verschärfung der Lage kniefallig Anlass für massivere Protestmaßnahmen? Ist man noch bereit, auf die Straße zu gehen, statt sich hinter Verhandlungstischen zu verschanzen? Gewerkschaften können, wie aktuell Bewegungen in ganz Europa zeigen, auch heute noch viel vehementer auftreten, Widerstand leisten, eine breite Basis in diesem Sinne mobilisieren – utopisch für österreichische Verhältnisse?

Horst Schachner, ÖGB-Landesvorsitzender Steiermark: (…) Wenn Sie (…) „sozialpartnerschaftliches Arrangement statt tatsächlicher gewerkschaftlicher Vertretung" vermuten, liegen sie grundsätzlich falsch. Kollektivvertragsverhandlungen sind die tatsächliche aller gewerkschaftlichen Errungenschaften von Arbeitnehmerinnen. Die Betroffenen, und nicht nur die ÖGB-Mitglieder, sehen das übrigens mit überwältigender Mehrheit genauso, wie repräsentative Umfragen belegen.
Erst wenn das, was Sie als „hinter Verhandlungstischen verschanzen" bezeichnen, nicht die erwünschten Ergebnisse bringt, geht es darum, weitere Schritte zu unternehmen.
Der ÖGB hat seine Statuten festgeschrieben, dass er eine Kampforganisation ist. Trotzdem heißen die Alternativen nicht Verhandlungen oder Straßenkampf, dazwischen gibt es eine große Menge gewerkschaftlicher Maßnahmen, die auch immer wieder angewendet werden. Dabei gilt es, wie in jedem Kampf, dem Anlass entsprechend die richtigen Waffen zu wählen und möglichst immer noch eine effizienteres in der Hinterhand zu haben. (…)
Abschließend bleibt zu sagen, dass es dem ÖGB nicht an Kampfgeist mangelt, auch wenn die Auseinandersetzungen auf der Straße und die Streikbereitschaft der Arbeitnehmerlinnen für ihren Geschmack seit wenig ausgeprägt sind. Bewegungen in ganz Europa', die Sie als Gegenbeispiele anführen, sind die südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund der Nordwestpolitik der Troika nackte Überlebenskämpfen. So weit sind wir und unsere Kolleginnen in Nord- und Nordwesteuropa erfreulicherweise nicht und wir werden alles dazu tun, dass es auch nicht so weit kommt. Dazu gehört auch die Solidarität mit den unsäglichen Arbeitsbedingungen der Menschen in Rolle im Europäischen Gewerkschaftsbund unermüdlich einsetzt.
Vergrößert sich die soziale Kluft, und das gilt nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, das gilt auch multinational zwischen Nord und Süd, dann kann es zu einem Ausbruch der „Sozialtsunami" unkaufhalsam auf uns zu. Das müssen auch die Macher in den Finanzzentren und die Exportweltmeister unter den Volkswirtschaften zur Kenntnis nehmen.
Uns Gewerkschaftlerinnen hat die Geschichte jedoch gelehrt, dass gewaltsame Revolutionen – so unausweichlich notwendig sie auch gewesen sein mögen – das Leid der arbeitenden Menschen so gut wie nie gelindert haben.
Deshalb wird der ÖGB nicht müde werden, weiterzukämpfen, ob am Verhandlungstisch, in den Betrieben oder auf der Straße, für Gerechtigkeit, Solidarität und Menschlichkeit.

(Die Referierung der grundlegenden Strukturen des ÖGB, wie sie Teil des Gesamtinterviews ist, kann in der ungekürzten Fassung auf http://ausreisser.mur.at/online nachgelesen werden.)

ausreißer: Die Burn-out-Seminare der AUGE (Alternative und Grüne Gewerkschaftlerinnen) sind kontinuierlich überlaufen, der Bedarf offenbar riesig. Doch werden Seminare die permanent wachsenden Probleme von Arbeitnehmerinnen und die sich steigernde Verschärfung soziale Lage kaum lösen – eine gewerkschaftliche Vertretung muss da doch wohl noch mehr tun, oder?

Ilse Löwe-Vogl, AUGE-Arbeiterkammerrätin Steiermark: „Ja, keine Frage, da muss auf unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden. Zuallererst müssen die Arbeitszeiten reduziert werden, auf maximal 28 bis 30 Wochenstunden, Überstunden gehören abgeschafft. Wenn man die Arbeitssituation der Menschen entlastet, haben sie Leute auch Zeit das ganze System zu überdenken. Öffentliche Aktionen sind auf jeden Fall notwendig. Wie sich beim Metallerstreik 25-Prozesten gezeigt hat, sind dann auch hier schon mal zehntausend Leute auf die Straße zu bringen, das geht durchaus. Das hat ja auch eine internationale Ebene – in Spanien, Griechenland oder anderen Ländern ist die Hemmschwelle da viel niedriger, da dort nicht das sozialpartnerschaftliche Modell vorherrscht, in dem Gewerkschaften Hand in Hand mit den Parteien arbeiten. Es betrifft ja alle Sparten, egal ob Pflege, Gesundheits- oder Bildungswesen – uns reicht's! Diese Bewusstmachung muss erfolgen.
Das Prinzip des Wachstums muss generell in Frage gestellt werden, Wohlstand ohne Wachstum ist möglich und machbar. Klar steht dieser Ansatz Gewohnheiten und Konsumdenken sowie, besonders wichtig, das dahinter stehende Konkurrenzdenken auf den Kopf. Da sind wir wieder bei den Burn-out Seminaren: Burn-out betrifft ja nicht „nur" den Arbeitsbereich einer Person, sondern ihre gesamte Lebenssituation – da muss ein Umdenken einsetzen. Ziel ist, die Situation sowohl gesamtgesellschaftlich als auch für jeden Einzelnen zu verbessern.
Streik kann eine Möglichkeit sein, nicht „nur" für höhere Löhne, – die